

Pressemitteilung

Direktion für Kommunikation

Ref: 977d10

Tel. +33 (0) 3 88 41 25 60

Fax +33 (0) 3 88 41 39 11

Internet: www.coe.int/de

e-mail: pressunit@coe.int



47 Mitgliedsstaaten

Albanien
Andorra
Armenien
Aserbaidschan
Belgien
Bosnien und Herzegowina
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
"Die ehemalige
jugoslawische Republik
Mazedonien"
Estland
Finnland
Frankreich
Georgien
Griechenland
Irland
Island
Italien
Kroatien
Lettland
Liechtenstein
Litauen
Luxemburg
Malta
Moldau
Monaco
Montenegro
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Rumänien
Russland
San Marino
Schweden
Schweiz
Serbien
Slowakei
Slowenien
Spanien
Tschechische Republik
Türkei
Ukraine
Ungarn
Vereinigtes Königreich
Zypern

PACE-Ausschuss fordert Untersuchung von Organhandel und Verschwinden von Personen in Kosovo und Albanien

Straßburg, 16.12.2010 – Der Rechts-Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) hat eine Reihe internationaler und nationaler Untersuchungen gefordert, die den in Dick Martys (Schweiz, ALDE) Bericht aufgedeckten Hinweisen auf das Verschwinden von Personen, Organhandel, Korruption und geheime Absprache zwischen organisierten kriminellen Gruppen und politischen Kreisen im Kosovo* nachgehen sollen.

Gemäß eines heute einstimmig in Paris verabschiedeten Entschließungsentwurfs, der auf Dick Martys Bericht basiert, erklärte der Ausschuss es gebe „zahlreiche konkrete und übereinstimmende Hinweise“ darauf, dass serbische und albanische Kosovaren an von der UÇK kontrollierten geheimen Orten in Nordalbanien gefangen gehalten und unmenschlicher und erniedrigender Behandlung unterworfen wurden, und schließlich verschwanden.

Des Weiteren sagte der Ausschuss: „Zahlreiche Hinweise scheinen zu bestätigen, dass während der Zeit unmittelbar nach dem bewaffneten Konflikt [...] einigen Gefangenen in einem Krankenhaus in der Nähe von Fushë-Kruje auf albanischem Hoheitsgebiet Organe entnommen wurden, um diese zur Transplantation ins Ausland zu bringen“.

„Die im Kosovo vorhandenen internationalen Organisationen bevorzugten einen pragmatischen politischen Ansatz, weil sie der Auffassung waren, dass sie um jeden Preis kurzfristige Stabilität fördern mussten. Dabei opferten sie jedoch einige wichtige Gerechtigkeitsgrundsätze“, so die Abgeordneten.

Der Ausschuss forderte EULEX, die EU-Mission im Kosovo, zur Weiterverfolgung ihrer Untersuchungen dieser Straftaten, und die EU und andere Geberländer zur Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel und politischen Unterstützung für die Mission auf.

Des Weiteren rief der Ausschuss die serbischen und albanischen Behörden sowie die Verwaltung im Kosovo zur Kooperation bei den Untersuchungen zu diesem Thema auf.

Die Parlamentarische Versammlung wird den Bericht voraussichtlich am Dienstag, 25. Januar 2011, im Rahmen ihrer Wintersitzung (24.-28. Januar 2011) debattieren.

[Entschließungsentwurf und erläuterndes Memorandum \[en\]](#) (PDF)

[Anhang zum Bericht: Karte](#) (PDF)

*In diesem Text ist jeglicher Bezug auf das Kosovo, ob im Hinblick auf Hoheitsgebiet, Institutionen oder Bevölkerung, gemäß der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und unbeschadet des Status des Kosovos zu verstehen.

Wenn Sie unsere Pressemitteilungen per Mail empfangen wollen, wenden Sie sich bitte an: Council.of.Europe.Press@coe.int

Der Europarat wurde 1949 mit dem Ziel gegründet, Demokratie und Menschenrechte auf dem ganzen Kontinent zu fördern. Er gibt zudem Antworten auf die sozialen, kulturellen und rechtlichen Herausforderungen, die sich in den 47 Mitgliedsstaaten stellen.